



Antragsgegenstand:

Demokratie und Studierendenproteste in Hongkong

Beschlussentwurf:

Das Studierendenparlament beschließt:

1. Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den Verteidiger*innen von Demokratie und Menschenrechten in Hongkong. Es verurteilt das gewaltsame Vorgehen gegen die Protestierenden in der Polytechnischen Universität Hongkong.

„Ohne Durchsuchungsbeschluss ist es der Polizei in Hong Kong gesetzlich verboten, Universitätsgelände zu betreten. Das Vorgehen stellt einen massiven Angriff auf die Freiheit der studentischen Selbstverwaltung dar.“ (Allgemeiner Studierendenausschuss der Technischen Universität Berlin, 19.11.2019)

Das Studierendenparlament appelliert an die Volksrepublik China, den Autonomiestatus der Sonderverwaltungszone zu respektieren, Freiheitsrechte zu wahren und deren Anwendung auszuweiten sowie die Eigenständigkeit des Hongkonger Rechtssystems zu erhalten und hiermit völkerrechtlichen Verpflichtungen der chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong einzuhalten. Es ruft die Regierung von Hongkong auf, Menschenrechte zu wahren und deren Anwendung auszuweiten; insbesondere die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 27 Grundgesetz Hongkongs). Es ruft die Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin auf, sich ebenfalls zu solidarisieren.

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin solidarisiert sich mit den Mitgliedern des Allgemeinen Studierendenausschusses der Technischen Universität Berlin, die wegen ihrer Solidarisierung mit den Hongkonger Studierenden Morddrohungen erhielten.

2. Umsetzung:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin beauftragt das Referat für Öffentlichkeitsarbeit, diesen Beschluss den Studierenden der HU Berlin zuzusenden und den Referent_innenRat der Humboldt-Universität zu Berlin, diesen Beschluss der Senatskanzlei sowie der Botschaft der Volksrepublik China zuzusenden.

Begründung:

Proteste von Millionen von Hongkonger*innen im Juli und August, die bis heute anhalten, bringen den Willen der Bevölkerung Hongkongs zum Ausdruck, Eigenständigkeit sowie Freiheitsrechte zu bewahren und Polizeigewalt entgegenzutreten. Anlass hierfür bot ein Gesetzesentwurf der Regierung Hongkongs, der es Behörden ermöglicht hätte, eigene Bürger*innen zur Anklage in das politisch abhängige judikative System nach Festland-China auszuliefern. Hiermit wird gegen den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ verstoßen. Dieser wurde auch von festlandchinesischer Seite zuletzt gänzlich infrage gestellt. Protestiert wurde zudem gegen das zutiefst undemokratische Wahlsystem des Legislative Council, in dem einzelnen Unternehmen ein Stimmrecht zukommt. Es kam nach Aussagen von Aktivist*innen bereits mehrfach zum „Verschwinden“ kritischer Intellektueller. Aktivist*innen verloren ihr Leben unter mysteriösen Umständen – politischer Mord erscheint möglich bis wahrscheinlich.¹ Solidarisierung mit den Protestierenden heißt daher, ein Ende der Polizeigewalt zu fordern. Nur das kann zu einem Ende der Gewaltspirale führen, in die die Protestierenden gedrängt wurden.

Durch die Massenproteste konnte letztlich das Auslieferungsgesetz abgewendet werden. Es zeigt jedoch, dass die Hongkonger Autonomie weiter untergraben werden soll. Es besteht die reale Gefahr, dass legitime Proteste zum Vorwand missbraucht werden, Autonomie und Freiheit der Menschen der Region zu beseitigen. Zuletzt häufen sich Einmischungen Festlandchinas bis hin zur Nutzung militärischer Kräfte, um Barrikaden zu beseitigen.

Es wurde die polytechnische Universität – Zufluchtsort einiger hundert Protestierender – umstellt. Nachdem die Versorgung knapp wurde, mussten die Eingeschlossenen sich ergeben und wurden sofort festgenommen – auch von minderjährigen wurden Personalien aufgenommen. Das oberste Gericht Hongkongs kippte zudem das Vermummungsverbot, das die Regierung erließ, als unverhältnismäßig. Infolge dessen wurde die judikative Selbstständigkeit Hongkongs durch Festlandchina verneint. Zuletzt haben erdrutschartige Siege den demokratischen Kräften bei den Bezirksratswahlen über 86 % der Mandate gesichert. Nicht zuletzt die sehr hohe Wahlbeteiligung bestätigt die Zustimmung der Menschen zur Demokratiebewegung.

Zuvor hat sich der AStA der TU mit Hongkonger Studierenden solidarisiert. Er war daraufhin extremen Anfeindungen ausgesetzt. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Studentische Selbstverwaltung muss frei bleiben, in Hongkong, Berlin, weltweit!

Haushaltsmäßige Auswirkungen:

keine

Kontakt:

¹ <https://taz.de/Augenzeugenbericht-aus-Hongkong/!5638841/>; <https://www.scmp.com/news/hong-kong/politics/article/3035422/hong-kong-design-institute-bosses-pledge-respond-students>

Für Änderungswünsche am Beschlussentwurf werden die Listen, StuPa-Mitglieder und Interessierte gebeten, sich frühzeitig an stupa@hu.juso-hsg-berlin.de zu wenden.